

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementpreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf. einschl. Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 10. März 1921

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf. die langgestaltete Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamationen 1,50 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 29

Sozialreaktionäre Aktivität

II.

Saß man die im ersten Artikel von der deutschen Arbeitererschaft entrollten trüben Wirklichkeitsbilder in ihrer Totalität zusammen, so steigert sich der Eindruck zur Gewißheit, daß seit den Novembertagen 1918 unendlich viel verlan wurde. Die Phantastikförmige, die nach Ausbruch der Revolution in die Welt gebaut worden sind, waren der Abel größtes nicht. Daß die ökonomische Revolution nicht mit dem Donner Schlag, unter dem die politische das häßliche Deutschland zerbrach, eine neue Welt erleben lassen kann, ist für alle klar, die von den Altmehrern des Sozialismus positiv gelernt haben. Viel zu langsam hat diese Erkenntnis Boden gewonnen. Wenn alle Kraft der Arbeiterbewegung hätte zusammengeballt werden können, wären wir aber weiter gekommen, obwohl, wie Kaufsch in Herbst 1918 mit lehrlichem Auge erklärt hat, eine durch lange und schwere Kriegszeit zerrüttete Volkswirtschaft ein schlechtes Fundament für die Sozialisierung bildet. Die Entente diktator und die Ententeforderungen haben dieses Hindernis zu einem Berge anwachsen lassen. Die Londoner Konferenz hat ihn noch riesenhafter gemacht.

Ein verständlicher Zug darf aber bei dem fürchterlichen Tobwabbobu in der Arbeitererschaft nicht übersehen werden: das Drängen an sich von allen Seiten zum Sozialismus. Die Sehnacht nach einem Allar, nach einer Verheißung hat alle Richtungen tief erfährt. Den Kapitalismus wollen alle entkräften. In dieser Richtung einig, ist man in den fast zweieinhalb Jahren um so unentschiedener über die Wege zum Sozialismus gestritten. Diktatur oder Demokratie bilden die Scheidungsgrenzen. Gewaltherrschal von Minderheiten oder systematisches Vorwärtsschreiten einer durch objektive Aufklärung geschulten Volksmehrheit waren und sind die Entscheidungstragen.

Sum Unglücke hat sich ein Teil der Arbeitererschaft, dessen tatsächlicher Umfang zu seinem lärmenden Auftreten nicht in Einklang steht, für das vom russischen Sozialismus gegebene Beispiel entschieden. Es wurde von ihm nicht bedacht, daß dieses schwächliche Siebenmonatshind nicht lebensfähig sein kann, und es wird jetzt noch nicht gesehen, daß das kommunistische Rußland mit seinem roten Millitarismus dem zaristischen schon nicht mehr viel nach steht — der gleiche Faden, nur eine andre Nummer —, daß die Unterdrückungsmethoden des regierenden Bolschewismus denen aus zaristischer Zeit Konkurrenz machen (siehe den letzten Artikel in dieser Nummer), und daß der durch kommunistische Rezepte besetzte russische Kapitalismus durch die inzwischen gelohene Konfessionierung des ausländischen eine Abblöbung erfährt, für die denkende Sozialisten und Kommunisten kein Verständnis haben können. Was sich in Rußland darb etet, ist eben weder Sozialismus noch Kommunismus, sondern ein schlechtes Gemisch von beiden, das sich Bolschewismus nennt, von dem sich nicht erkennen läßt, welches Element am kürzesten dabei weghommt. Wäre das neurussische System mit den allgemeinen Überlieferungen und Vorstellungen vom Freiwerden der Menschen durch den Sozialismus vereinbar, würde gerade die deutsche Arbeitererschaft in ihrer Kompaktheit die Brücke nach Rußland finden, um gegen den deutschen wie gegen den Entente kapitalismus gemeinsame Front zu schließen, denn die soziale Reaktion zeigt internationale Aktivität. Aber der Bolschewismus ist ein untauglicher Bundesgenosse.

Es ist eine allgemeine Beobachtung, daß das kritische Bedürfnis sich stärker zeigt, je mehr links die Arbeitsergebnisse stehen. Das kritische Augenmaß nimmt aber in derselben Richtungsentwicklung ab. Die am meisten sich über Illusionspolitik ereifern, stellen sich jedoch als die größten Illusionäre dar, wenn man sie ihre Welt bauen sieht. Daß es auch unter unseren Kollegen große Illusionisten gibt, ist in dieser Nummer an einigen Artikeln zu erleben. Sie werden in nächster Nummer Fortsetzung finden in ähnlich abwechselnder Schichtung, um dann in übermächtiger mit dem schon abgenutzten Oppositionstma einen für

einige Zeit geltenden Schlupfwinkel zu sehen. Es liegen ja noch so viel andre Sachen vor, wonach für den erstarrten Leser ein größeres Interesse geht. Nur einseitige Menschen vermögen auch einseitige geistige Stoff zu verdauen. Wir werden im Rahmen dieser beiden Nummern auch über Gewerkschaften und Kommunismus einiges zu sagen haben und möchten deshalb diesmal nur bemerken, daß die Verwendung so veralteten Materials wie in dem Artikel aus Hamburg als hübsche Argumentierung erkennen muß. Die wörtlich wiedergegebene Anklagerede des Moskauer Buchdruckerparlamentes aus dem Herker heraus in dieser Nummer mag untern kommunistisch gesinnten Kollegen die Gewissensfrage vorlegen, ob denn solche Praktiken, die mit dem weichen Terror in Ungarn eine Art Verwandtschaftsverhältnis aufweisen, noch zu vereinbaren sind mit ihrem sonst vertretenen Standpunkte größter Freiheit auch im einzelnen und mit ihrem für das bolschewistische Evangelium entfalteten Idealismus.

Als ein Weckruf mit Polanentföhen gelangt während des Schreibens die sächsische Gewerkschafts tagung in Chemnitz zu unserer Kenntnis. Was dort am 6. März gesprochen, beraten und beschlossen worden ist, muß in seinen Hauptzügen als die vollste Erfüllung der sozialreaktionären Aktivität bezeichnet werden. Wir bitten, den nachfolgenden zweiten Artikel genau zu lesen. Man wird den sächsischen Sturmgeleitern nur Dank wissen, auch wenn in Nebenfragen die Auffassung einmal nicht konform gehen sollte. Daß gerade vom hochkulturlosen Sachsen dieses grellschreiende Warnungssignal aufgezogen wird, ist zu begründen, und zumal in der sich auch hier zeigenden Arbeitsergebnisse, die dem Kommunismus wegen seiner Verleumdung der Gewerkschaften eine ganz schwere Abfolge erteilt, sowohl der Ablehnung (112 gegen 16 Stimmen) als auch dem deutlichen Inhalte der Resolution nach.

Es ist anzunehmen, daß die soziale Reaktion aus dem Scheitern der Londoner Konferenz verstärkten Antrieb erhalten wird. Man darf aber hier nicht alles über einen Leisten schlagen. Das Großkapital geht darin nicht eine Linie; darum ist die Masse auch über die Folgen der von der Entente nun demaskierten Gewaltanwendung leicht irrezuführen. Darin steht man jedoch ganz klar, daß Einnes, der deutsche Finanzdiktator, sein Spiel von Spa her erreicht hat, und zwar mit einer unerhörten Provokation des deutschen Volkes und der Entente durch den Skandal des Tirpitz-Stapellaufs in Flensburg. Wenn dieser kapitalistische Übermensch neue Schiffe baut, dann dient er der deutschen Volkswirtschaft. Dadurch aber, daß Einnes mit den Taufnamen seiner Schiffe sozialagen eine schwimmende Etageallee errichten will, schädigt er Deutschland, wie es ein Landesverräter nicht schlimmer tun kann, denn die Flensburgener Schiffsstaue und vorher die in Bremen nehmen leicht bei unsern unerbittlichen Gegnern gemeine öhrliche Auswirkungen an. Aber auch das deutsche Volk will nicht von diesem kapitalistischen Diktator verhöhnt sein! Es hüllen ganz andre Töne im Reichslage gegen die Staatsgefährliche Frechheit von Einnes angeklagen werden müssen.

Man lagt diesem Manne manche Auehrung nach, daß der Arbeiter mehr und logar reichlich Lohn erhalten müsse. Sind diese Forderungen aber wahr, dann ist Einnes auch ein großer Töulcher. Er wird als Nichtkapitalist doch den Staatseinkommen des Kapitalismus kennen, der aber lehrt nicht die Notwendigkeit hoher Löhne, sondern den Lohnabbau. Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ hat am 6. März zum zweitenmal in ganz kurzer Zeit eine Behandlung über „das wirtschaftliche Hauptthema des Tages“ gebracht, indem sie diesmal eine „lebr geschälte Seite“ sich darüber verbreiten ließ. Wie da die zur Überschrift genommene Frage „Lohn- oder Preisabbau?“ entschieden wurde, ist in langen, auf ihre bedenkliche Wirkung anscheinend wohlhabewohlenen Ausführungen eine ganze Verneinung des angeblichen Standpunktes über die Notwendigkeit hoher Löhne. Wir können in dieser Nummer nicht die gefahrdrohenden neuen und hitzigen Ausführungen des Unternehmerzentralorgans durchgehen, weil wir das Chemnitzer Warnungssignal gleich herausbringen

wollen, damit auch andernorts — am besten in Hamburg, wo die sozialreaktionäre Aktivität speziell mit dem Lohnabbau ihren Ausgangspunkt hat — Sturm gelaufen werden kann. Jedoch ist danach kurz zu sagen, daß Einnes gegen die Herausbeschöpfung einer außerordentlichen Gefahr für das deutsche Wirtschaftsleben seinen großen und vielseitigen Presseapparat mit einem Knopfdruck mobil machen könnte, wenn der Vorstoß der sozialen Reaktion nicht durchaus in seinem Sinne liegen würde.

Die Gesellschaft der „D. M. Z.“ führt alles und jedes wirtschaftliche Ungemach Deutschlands auf die „unselbstige Lohnerböhrungen“ zurück, mit denen durch Abbau der Löhne Schluß gemacht und mit Verlängerung der Arbeitszeit (unter starker Empfehlung einer Entlassung des Gesamtverbandes des Textilmaschinenbaues vom 17. Juni 1920 für eine Wochenarbeitszeit von 60 Stunden) der Anfang zu weiterer „Geldunruhe“ gemacht werden soll. Der Redaktion des Zentralorgans geht die „lebr geschälte Seite“ noch nicht weit genug, sie nennt deshalb in einer Nachschrift „die gegenwärtige Lohnsteigerung sinnlos übertrieben und ein Verbrechen an der Volkswirtschaft“; mit einer Mehrarbeitsstunde (bei gleichem Lohne) könne aber der Preisabbau Zug um Zug durchgeführt werden. Das Ceterum censeo ist also erst Lohnabbau, dann ließe sich über das andre reden. Die Arbeitererschaft kann sich demnach auf Lohnkämpfe zur Verleibung des Bestehenden einrichten. Das sollte unsere Kollegen, die über das Gebraucharbommen noch nicht zur Ruhe kommen können, zum Nachdenken anregen. Die übrigen Anzeichen, auf die wir diesmal noch nicht zu sprechen kommen können, werden der deutschen Arbeitererschaft die Notwendigkeit des Zusammenbringens und des Ablassens von kommunistischen Streikverzettlungen deutlicher predigen.

Die sozialreaktionäre Aktivität in Deutschland wird von der gleichen Strömung in den Hauptententeändern einen tüchtigen Bundesgenossen erhalten. Die französische Bergwerksdirektion in Saarbrücken hat Ende Februar einen Abbau der Löhne um 4 Gr. pro Schicht zum 15. März angekündigt, was zu den bereits wiederholt angeordneten Feterischen eine enorme Schädigung der Saarbergarbeiter bedeuten wird. In England geht die „kapitalistische Offensive“ in der „Randfolge“ vor sich: Im Bergbau soll eine Lohnreduktion erfolgen, im Schiffbau soll sie auf 25 Proz. bemessen werden, im Baugewerbe auf 6 Schilling für die Lohnstunde; in der Textilindustrie und im Maschinenbau haben die Unternehmer die gleichen Absichten.

Die wirtschaftliche Weltkrisis soll eben auf Kosten der Arbeiter überwinden werden. Sie über ein Land daran ist, um so schlimmer für seine Arbeitererschaft. Die Gewerkschaften müssen also eine Einheitsfront bilden, sonst kommt ihnen das Kapital international mit seiner lückenlosen Front auf den Hals!

Gegen die Reaktion — für die Einheitsfront!

Wer mit offenen Augen unser gegenwärtiges Wirtschaftsleben überblickt, muß klar erkennen, daß das Unternehmertum emig drauf und dran ist, die augenblicklichen Verhältnisse zu seinen Gunsten umzugestalten. Nehren uns doch schon die zahlreichen Entlohnungen, wie unbehaglich lenen streiten die Neugestaltung der Verhältnisse ist, die man im gegebenen Augenblick wieder rückwärts revidieren will. Hat man früher nur laßend zu sondern versucht, wie man die Rechte der Arbeiter leicht durchkreuzen und unwirksam machen will, so wird jetzt immer offenkundiger, daß sich das gesamte Unternehmertum in lieberhafter Rüstung befindet, um einen Generalkaufman auf die Rechte des Proletariats zu unternehmen. Schwerste Kämpfe bereiten sich vor! Unser Wirtschaftsleben liegt darnieder. Arbeitslosigkeit herrscht im ganzen Reiche. Steuerung auf allen Gebieten drückt schwer auf das Volk, in dessen Konsequenz die Arbeitererschaft fortlage erst ererbte Lohnkämpfe zu führen hat. Auf der andern Seite macht das engverbundene Unternehmertum alle Anstrengungen, um einen Lohnabbau durchzuführen, um den Arbeitslosen tag zu beseitigen und alle zugunsten der Arbeitererschaft geschaffenen Gesetze Bestimmungen zu durch-

Ichern. Alle diese Tatsachen beweisen, daß der Klassenkampf in ein verhärtetes Stadium treten wird; denn nicht allein für oder gegen einzelne Rechtszustände gilt es sich zu entscheiden, sondern der gigantische Kampf der Bürgerlichen mit der sozialistischen Weltanschauung tut sich in aller Klarheit vor uns auf. In solch gewaltigem Ringen gibt es nur ein Hüben und ein Drüben und Fragen wie Streit über die Richtung müssen angeht, die heraufziehenden schweren Kämpfe zurücktreten, wenn die Arbeiterklasse Sieger bleiben will.

Von dieser klaren Erkenntnis war die von 37 Gewerkschaften und 91 Kartelldelegierten bestehende Konferenz der Gewerkschaftskartelle des Reichs auf Sachen, die am 6. März im „Volksbaus“ zu Chemnitz tagte, von Anfang bis Ende beherrscht. Gerade die Arbeitervertreter des industriereichsten Sachsen sind am ersten mit berufen, die gegenwärtige Situation ernsthaft zu übersehen und die gegebene Notwendigkeit dem Gesamtproletariat einzuhämmern. Nach Erledigung einer wichtigen inneren sächsischen Organisationsangelegenheit hielt Gewerkschaftsleiter Schenker (Chemnitz) ein außerordentlich instruktives Referat über: „Die Ansprüche auf die Arbeiterrechte“. In etwa anderthalbstündiger Rede ließ der Referent die gegenwärtigen Arbeiterrechtsverhältnisse Revue passieren und belegte seine Darlegungen mit schlagenden Beweisen, wie das Unternehmertum flieberhaft daran arbeitet, einen Abbau der in der Nachkriegszeit geschaffenen Bestimmungen des Arbeiterrechts durchzuführen. Selen die Gewerkschaften schon außerordentlich stark angepöppelt durch ihre Tätigkeit, die Verelendung der Arbeiterklasse aufzuhalten, so müßten in Zukunft die Kartelle die arbeiterrechtlichen Fragen eingehend behandeln. Zwingend notwendig sei die Schaffung eines zeitgemäßen Arbeiterrechts und die Durchführung einer einheitlichen Arbeiterrechtspflege. Beide Teile, nämlich Unternehmer wie Arbeiter, sind mit dem gegenwärtigen Zustand nicht zufrieden; nur mit dem Unterschiede, daß jene die Zustände der Vorkriegszeit erleben, während unsere Forderung darauf hinausgeht, die als unzulänglich und unklarer erkannten Rechtsverhältnisse zu modernisieren und zu verankern. Hier ist der Punkt, wo wir in schärfere Kampffestigung zu den Unternehmern geraten wie bisher. Vier Fragen sind es, auf die das Unternehmertum zunächst seine ganze Kraft konzentriert, und zwar: 1. Lohnabbau und Verlängerung der Arbeitszeit, 2. Durchlöcherung des Koalitionsrechts, 3. Selbstherrliche Bestimmung des Kurzes in den Betrieben, und 4. Verwässerung des Schlichtungswesens und der Rechtspflege. Der Referent forderte eine organische Zusammenfassung der Rechtspflege und üble gleichzeitige scharfe Kritik an den aufgestellten neuen Richtlinien des Reichsarbeitsministeriums. Die Gewerkschaften müßten alle Kräfte zusammenfassen, um alle Pläne, die auf Arbeitszeitverlängerung und Lohnabbau abzielen, gescheitelt und energisch abzuwehren. Die Dornbüsche Reichsarbeitsminister, der Plan der Arbeitsdienstpflicht und die immer wiederkehrenden Vorstöße bürgerlicher Kreise gegen den Achtstundentag lassen klar erkennen, wohin die Reise gehen soll. Die Unternehmer trommeln das ganze Wirtschaftsgebiet ab und wollen es für ihre Privatinteressen hurreit machen. Der Reichsverkehrsminister hält Anfragen, welche Ersparnisse sich mit dem Neunstundentag machen ließen, und der Abgeordnete Ull (Bavaria) macht sogar Propaganda für den Sechsstundentag. Und all das geschieht in dem Augenblicke, wo Hunderttausende von Proletariern arbeitslos sind und deren Kaufkraft auf das tiefste gesunken ist! Das Streben nach Lohnabbau charakterisiert sich noch durch die Tatsache scharf, daß der gegenwärtige Standard weit hinter dem des Jahres 1914 zurücksteht. Angeht es dieser Zustände sei es dringende Pflicht der Arbeiterschaft, den Blick scharf auf den Gegner zu richten. Und weil alle gesetzlichen Bestimmungen keinen Zweck haben, wenn sie nicht durchgeführt werden, so seien gleichfalls in den maßgebenden Stellen Männer notwendig, die im sozialen Leben wurzeln. Solange die Minister die Gelagungen der Wehrkräfte leeren, gebe es nach dieser Richtung hin nicht weiter. Auf den jetzigen Beamtenkörper können wir uns nicht verlassen. Das Unternehmertum geht bewußt zur Offensive über! Der (perunglühte) Landfriedensbruchprozeß in Obernau ist ein treffendes Beispiel des Kampfes gegen die Gewerkschaften. Demgegenüber gibt es nur eins: Einstellung auf den Kampf, Zusammenfassung unserer Kräfte, eiserne Disziplin!

Die Debatte über diese klaren Ausführungen, die die gegenwärtige Situation blitzhell beleuchteten, bewegte sich im Sinne des Redners und führte zur einstimmigen Annahme von nachstehenden zwei Resolutionen, in denen die Forderungen der Arbeiterschaft niedergelegt sind:

I.

Die am 6. März 1921 tagende Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsen schließt in den Bestimmungen des Unternehmertums, die auf einen Abbau der in der Nachkriegszeit geschaffenen Bestimmungen des Arbeiterrechts abzielen, eine schwere Gefahr für die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse. Diese Bestrebungen bedeuten einen Bruch der Vereinbarungen zwischen den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerverbänden vom 15. November 1918, deren Auswirkung Wirtschaftskrisen heraufbeschwören müßten, da die Arbeiterklasse jede Verschlechterung des Arbeiterrechts und des Arbeitererfolges entschieden zurückweisen wird. Ausgeschlossen erhebt die Konferenz scharfen Protest gegen alle Maßnahmen, die darauf abzielen, die tägliche Arbeitszeit über acht Stunden auszudehnen und eine gesetzliche Regelung vorzunehmen, die eine Trennung von Arbeitern und Angestellten vorseht. Eine gesetzliche Regelung muß gemein am für Arbeiter und Angestellte erfolgen. Die Konferenz fordert ferner Sechsstundentagsarbeit und die Befestigung aller Ausnahmebestimmungen von der Sonntagsruhe. Des weiteren wendet sich die Konferenz gegen alle gesetzlichen Eingriffe in die Rechte und Einrichtungen der Gewerkschaften, wie sie durch den Entwurf zur Schlichtungsordnung im Wege des Zwangsschlichtungsverfahrens vorgehoben sind. Die bezüglichen Vorarbeiten des Entwurfs zur Schlichtungsordnung bedeuten einen Bruch der Reichsverfassung und in Verbindung mit der Verordnung vom 10. November 1920 über Stillelegung lebenswichtiger Betriebe — deren Befestigung bringen gefordert wird — eine Beschränkung des Streikrechts der Arbeiterschaft und der Beweigungsfreiheit der Gewerkschaften.

Die Konferenz fordert den sofortigen Ausbau der arbeiterrechtlichen Bestimmungen der Nachkriegszeit zur Sicherung des Arbeitsvertrags auf solitärer Grundlage unter Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsvertretungen der Arbeiterschaft bei allen Fragen des Arbeitsverhältnisses und der Produktion zu einem einheitlichen Arbeitsrecht und eine vom sozialen Geiste getragene einheitliche Rechtspflege durch Errichtung selbständiger und unabhängiger Gerichte. Die Konferenz beauftragt den Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, diese Forderungen bei der Reichsregierung zu vertreten.

II.

- Die am 6. März 1921 tagende Konferenz der Gewerkschaftskartelle Sachsen sieht bei der gegenwärtigen Zusammenfassung der Gewerbeaufsicht und der oberen Verwaltungsbehörden, denen die Ausführung und Überwachung des Arbeiterrechts und der Arbeiterrechtsbestimmungen obliegen, keine hinreichende Gewähr für die Ausführung und Auslegung dieser Bestimmungen im sozialen Geiste, wie sie dem Reichsgefühle der breiten Massen der arbeitenden Bevölkerung entspricht.
- Die Konferenz fordert deshalb von der Regierung des Reichs das Folgende:
1. Die Durchhebung der leitenden Beamtenstellen bei den oberen Verwaltungsbehörden mit Vertretern der Arbeiterschaft, denen praktische Erfahrungen auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse zur Seite stehen, und die sich allein in der Ausübung ihrer Tätigkeit auf das Vertrauen der arbeitenden Bevölkerung stützen können.
 2. Mitwirkung der Gewerkschaften bei der Gewerbeaufsicht, in erster Linie durch Vorschlagsrecht bei Befehlzung der leitenden Stellen mit Vertretern der Gewerkschaften, die zunächst durch jahrelange praktische Erfahrung im gewerblichen Leben und der Arbeiterkenntnis dazu zu wirken, und Aufhebung aller landesgesetzlichen Einschränkungen hierzu.
 3. Einsetzung von Gewerbeaufsichtsbekanntlichen bei jeder Gewerbeinspektion nach Vorschlägen der Gewerkschaften zur Pflege eines zweckmäßig gen. Schulpflichts, Kinder- und Mütterchutes und zur Durchführung der Arbeiterinnenchutzbestimmungen.
 4. Aufstellung von Richtlinien zur Durchführung aller gesetzlichen Bestimmungen der Arbeiterschaft und des Arbeiterrechts in Sachen unter gemeinschaftlicher Mitwirkung und Hinzuziehung von Vertretern der Gewerbeinspektionen der größeren Gewerkschaftskartelle und Arbeiterkretare in Sachen.
 5. Des weiteren fordert die Konferenz die Aufnahme des Arbeiterrechts, der Sozialversicherung und der sozialen Rechtspflege in die Lehrpläne aller höheren Lehranstalten und Heranbildung der Betriebsräte zu Wirtschaftsorganen durch Schaffung einer besonderen Landesarbeiterakademie.

Einem zweiten Vortrag bot Kollege Tempel (Dresden) über die aktuelle Frage: „Die Einbeil in den Gewerkschaften“. Er gab zunächst einen geschichtlichen Überblick über die Entwicklung der Gewerkschaften und wies darauf hin, daß die früheren Gegner sich aus Arbeitgebern, Kirch- und Wunderlichen und christlichen Arbeitern rekrutierten hätten, zu denen sich jetzt noch die linksgerichteten revolutionären Arbeitkollegen gesellt hätten. Leider hätten sich die letzteren so weit nach links verirrt, daß sie bereits bei untern rechten Gegnern wieder anstoßen. Grundtätliche Differenzen beständen über die Auffassung von der Anwendung der Demokratie oder der Diktatur. Die Kommunisten seien festgelegt auf die 21 Thesen von Moskau und betrieben planmäßig die verlangte Zellenbildung, die der gewerkschaftlichen Spaltung Vorschub leistet. Das Moskauer Diktat habe dieses Bemühen mit dem Vorwurf unglücklich überwandenen Militarismus. Dadurch werde aber jeder Maßrechtsbeschluß unmöglich und der Austausch der freien Meinung unterbunden. Wir müssen es ablehnen, uns von den russischen Gewerkschaften, die nur 2 1/2 Millionen Mitglieder umfassen, und in denen die gewaltigen Massen der Landarbeiter vollständig fehlen, uns die Bedingungen ihres Handelns vorschreiben zu lassen, denn die russischen Gewerkschaften sind im Verhältnisse zu den deutschen bedeutungslos. Die Instruktionen, die die kommunistische Reichsgewerkschaftszentrale in Berlin ihren Anhängern erteilt, müßten zur Zerschlagung der gewerkschaftlichen Einheitsfront führen. Bei der größten deutschen Gewerkschaft, nämlich den Metallarbeitern, hat man das Spaltungswerk durchzuführen versucht und will es übertragen auf alle anderen Arbeiterorganisationen. Die Erwerbslosen hat man für keine Zwecke zu interessieren versucht, und für die Betriebsratswahlen ist von der kommunistischen Zentrale die Weisung ergangen, besonders kommunistische Listen auszufüllen. So betrachtet, kann es den Kommunisten wirklich nicht ernst sein mit der proletarischen Einbeil, und der berühmte Offener Brief war nichts weiter als der schlecht verhüllte Versuch, die zerfallenden Teile der kommunistischen Partei noch einmal zu sammeln. Das gilt es den Arbeitern klar zum Bewußtsein zu bringen. Die proletarische Einbeil wird nur verkörpert im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, der das Lebenswerk der Bessen unter uns darstellt. Unser Ziel ist der Sozialismus! Wir sind uns bewußt, daß die Arbeiterschaft und mit ihr die ganze Internationale rein entwicklungsmäßig diesem Ziele näherkommen wird. Vor uns liegt das Ziel und in uns die Aufgabe, die wir nur zu lösen vermögen durch Klarheit und Geschlossenheit.

Zu vielen Ausführungen lagen zwei Resolutionen vor, und zwar eine des Referenten und eine von kommunistischen Vertretern. Letztere wendete sich gegen das Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen die dritte Internationale, vertritt den schärfsten Klassenkampfpunkt und verwahrt sich dagegen, daß die dritte Internationale gewerkschaftsähnlich wirkte. Die Kommunisten wollen nicht aus den Gewerkschaften austreten, sondern — sie nur im Interesse des Sozialismus und der Weltrevolution zu Organen des Klassenkampfes umgestalten. Diese kommunistische Resolution wurde gegen 16 Stimmen abgelehnt und die Resolution des Referenten angenommen. Sie lautet:

Die gewerkschaftliche Interessenvertretung der deutschen Arbeiterschaft sind die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigte Berufs- und Industrieverbände. Die Zusammenfassung der Mitglieder geschieht weder nach politischen noch religiösen oder sonstigen, sondern lediglich nach wirtschaftlichen Grundfragen, Tätigkeit und Maßnahmen der Organisationen werden in

demokratischer Weise durch die jeweilige Generalversammlung festgelegt. In diesem einheitlichen und demokratischen Organisationsausbau und der toleranten Zustimmung über die Zugehörigkeit des einzelnen Mitglieds ist der Grund für die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung zu finden.

Das Treiben der Anhänger der dritten Internationale und die ihnen angebotene Art der Tätigkeit in den Gewerkschaften ist jedoch geeignet, ihren einheitlichen Aufbau und Einrichtungen auf das schwerste zu gefährden.

Die Zerschlagung der Gewerkschaften, ihre Aktionsunfähigkeit und damit die Auslieferung der Arbeiterschaft an das Kapital muß die Folge dieses Treibens sein. Wehrlos wäre dann die Arbeiterschaft den Bestrebungen des Unternehmertums ausgesetzt.

In richtiger Erkenntnis dieser Methoden und der durch sie bedingten Folgerednungen lehnt die Konferenz die Tätigkeit in der beschriebenen Organisations- und arbeiterschaftsähnlichen ab. Sie begutachtet die entsprechende Stellungnahme und das Vorgehen des Vorstandes des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes sowie einzelner Verbände und fordert alle Gewerkschaftsinstanzen auf, einer solchen Tätigkeit in der entscheidenden Weise entgegenzutreten. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht zum Tummelplatz politischer Parteien und Anschauungen werden.

Was die in demokratischer Weise gefassten Beschlüsse konsequenter mäßigkeit, Methoden und Taktik nach von Augenmerkern absehen können, ist einzuübren versucht und so die Gewerkschaften in ihren Aufgaben in der schwersten Weise behindert, stellt sich damit selbst außerstand zu sein.

Der Gegenwart stellt große Aufgaben an die Gewerkschaftsbewegung. Immer mächtiger wird der Ansturm des Unternehmertums. Nur eine einheitliche Gewerkschaftsbewegung wird die ihr gestellten Aufgaben zu lösen vermögen. Mit dieser Tagung haben die berufenen Vertreter der sächsischen Arbeiterschaft die Parole zur Kampfbereitschaft gegeben und gleichzeitig zum Ausdruck gebracht, daß die Geschlossenheit der Arbeiterschaft allein nur den Sieg verbürgt gegen alle Widersacher, die offen und heimlich an der Arbeit find.

Die russischen Gewerkschaften

Motto: Gest den Willen,
Nun die Tat,
Und am Ende den Sieg,
Mittat!

Warum ich diese Worte gerade gewählt habe, Kollegen? Aus einem sehr einfachen Grunde. Diese Worte bezeichnen recht scharf und eindeutig das Wesen und die Bedeutung der russischen Gewerkschaftsbewegung. Sie waren von einem festen, klaffenbewußten Willen erfüllt, aus dem Willen entsprang die revolutionäre Tat und beide erlöschten den Sieg —

Ein heiliger Kampf tobte innerhalb der internationalen Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung um dieses Thema, innerhalb der deutschen besonders. Und da ist es unbedingt notwendig, die den Ausführungen der Kollegen Kalmowski und Grigorjan in Nr. 2 ein Damm entgegenzusetzen wird. Besonders fällt jedem Leser der beiden Artikel auf, daß die beiden „Kammer“ A. und G. gar nicht in der Lage sind, ihren Blick auf den ganzen politischen und wirtschaftlichen Moment zu richten, sondern im engen Kreis ihrer Berufsinteressen umherzuschweifen lassen. Für uns als Proletarier ist es aber nicht Berufsinteressen, sondern die Interessen der gesamten Arbeiterklasse, die wir uns zu unterwerfen und für das große Ganze, für unsere Weltanschauung, für die Freiheit und die persönliche Freiheit dem Wohl des Ganzen unterzuordnen. Wenn der Kollege A. aber keine persönliche Freiheit nicht unterzuordnen denkt, so wird er auch als Klassenkämpfer nicht gewillt sein, für die Interessen des Proletariats, für die Zerschlagung der kapitalistischen Produktions einzutreten.

Die Ausführungen der Kollegen A. und G. gleichen wohl in der Behauptung, daß es in Rußland keine „unabhängigen Gewerkschaften“ gibt. Der Kollege A. führt einen Brief an, der von den Vertretern der Uralgewerkschaften geschrieben sein soll, und zwar an den Gewerkschaftskongress in London. In demselben heißt es:

Eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung existiert in Rußland nicht, die bolschewistischen Machthaber unterdrücken die Gewerkschaften.

Von wem dieser Brief geschrieben ist, wer diese „Vertreter“ sind, kann ich nicht unteruchen. Ich möchte nur folgende Tatsachen feststellen: Gerade die Vertreter der Uralgewerkschaften haben am 20. Juni 1917 auf der dritten Konferenz der russischen Gewerkschaften scharfen Protest eingelegt gegen die Tätigkeit der Koalitionsregierung! Gerade die Uralgewerkschaften haben mit dem Anstoß gegeben zu der Aufrichtung der Sowjetregierung! Warum sagt der Kollege A. das nicht? Und außerdem: Wenn es in Rußland keine „unabhängigen Gewerkschaften“ gäbe, wie kommen dann diese Briefschreiber dazu, sich „Vertreter der 145000 Mitglieder der Uralgewerkschaften“ zu nennen?

Die Kollegen A. und G. stellen es so hin, als wenn die Gewerkschaften erst mit der Bestgreifung der politischen Macht durch die Bolschewiki von den letzteren beeinflusst worden wären. Wenn die Kollegen A. und G. wirklich so große „Kammer“ der russischen Verhältnisse sind, so müßten sie doch eigentlich (und das muß man verlangen) von folgenden Tatsachen Kenntnis haben; Als im August 1917 die Kerenski-Regierung eine Verbrüderung mit den Sozialrevolutionären und den Liberalen herbeiführen wollte, griffen die Moskauer Gewerkschaften zum Streik; 500000 Moskauer Arbeiter traten in den Ausstand mit der Parole: „Die ganze Macht den Sowjets!“ Die Moskauer Metallarbeiter erklärten, daß es keine Sonderkonflikte der Metalle, Textil- oder Lederarbeiter gibt, es gibt bloß einen gewaltigen Kampf zwischen Arbeit und Kapital. Die Textilarbeiter ergriffen im September 1917, den Sowjets allseitige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Auf der sozialdemokratischen Konferenz der Gewerkschaften, die ebenfalls im September in Petersburg tagte und die gegen die provisorische Regierung orientiert war, waren schon 70 Proz. der Delegierten Mitglieder der Partei der Bolschewiki, und am 9. Oktober 1917 traten 1000 Dele-

gierde der 200000 Textilarbeiter für „entschlossene Aktionen im Kampfe gegen die provisorische Regierung“ ein.

Der Kollege Meller schrieb in Nr. 2, daß alle Gewerkschaftsbeiträge durch Abzug vom Lohn eingezogen werden. Diese Methode hat die „persönliche Freiheit“ des Kollegen A. arg beleidigt. Wie haben wir uns dazu zu stellen? Daß ich über diese Methode noch diskutieren läßt, beweisen folgende Worte Zebels auf dem Parteitage 1899, indem er sagte, daß:

wenn es nach ihm ginge, ein Gesetz erlassen werden müßte, das ebenso wie den Krankheitszwang für einen jeden Arbeiter den Gewerkschaftszwang im Interesse der Besserung der Lebenshaltung einführt. Sie leben also, Kollege A., daß dieses Thema gar nicht so unbedeutend ist, wenn sogar Zebel einen solchen Schritt im Interesse der Besserung der Lebenshaltung befürwortete. Viel leidenschaftlicher würde Zebel wohl für diesen Zwang eingetreten sein, wenn er den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft noch fördern könnte.

Aber hören wir Zebel weiter:

Was ich mit den Ausführungen will? Es ist eine absolute Notwendigkeit, daß die Arbeiter sich in den Gewerkschaften organisieren. Es ist für mich selbstverständlich, daß die Gewerkschaften wie die ganze Klassenbewegung mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung einen Kampf um Leben und Tod zu führen haben.

Die russischen Arbeiter und Bauern haben zwar den kapitalistischen Staat zerstört, ihr Kampf ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Der Kampf um Leben und Tod geht weiter gegen den Bosholl der Bürgerlichen und den der Adhornois und Genossen. Der Kampf geht weiter gegen den Verrat der Menschewitsch und Sozialrevolutionäre.

Die einzige, rein proletarische Gewerkschaft, die sich an den Kampf gegen die Sowjetregierung beteiligte, war die Gewerkschaft der Buchdrucker. Sie wollten die „Preßfreiheit“, verkünden aber nur darunter, daß die bürgerliche Presse im härtesten Kampfe die Volksmassen vergiften dürfe. Und weil die größte Zahl der Arbeiter Rußlands für die Sowjetregierung eintritt, haben auch die Buchdrucker ihr Berufsinteresse (die Preßfreiheit) dem Wohle des Ganzen zu unterwerfen.

Wenn von diesen Gegnern der Sowjetmacht Streiks in die Wege zu leiten versucht worden sind, so ist die Sowjetregierung selbstig darum scharf dagegen eingeschritten, weil sie sich gegen die Arbeiter selbst richteten. Der Streik, der sich gegen die Bourgeoisie richtet, bildet das heiligste Recht des Proletariats in seinem Kampfe gegen die Ausbeutung. Der Streik aber, der sich gegen die Arbeiterrevolution richtet, stellt einen antiproletarischen Akt dar. Das sind Fragen, Kollegen, die man nicht aus dem Auge verlieren darf, wie es den Kollegen A. und G. passiert ist.

Ich hoffe, daß diese Ausführungen etwas zur Klärung der Diskussion über das Wesen der russischen Gewerkschaften beigetragen haben. Die Demagogie der Kollegen A. und G. wird schon früh genug die Bilanz haben. **Hamburg.**

Meine zweite Antwort

Es ist bekanntlich nicht leicht, auf alle Fragen und Einwendungen eine erschöpfende Antwort zu geben, da jeder Fragesteller seine Frage in seinem Sinne beantwortet wissen will. Zul man das nicht, ist man natürlich ein Demagoge, ein Arbeiterverräter, ein gegenrevolutionärer Kapitalistenfreund usw. Wenn mich die Herren Meller und Michailow als Feigling und Schuft dem geehrten Publikum vorstellten, so ist es auch dem Kollegen A aus Hamburg unbenommen, mich der Demagogie, also der bewußten Volksverführung zu weihen. Deswegen gerät mein Blut nicht in Wallung, weil ich weiß, daß, wer von der öffentlichen Tribüne zum Volke spricht, sich auf allerlei Zwischenfälle gefaßt machen muß. Und die Verzeihung ist meiner Seele erquickendes Bedürfnis.

Daran, daß über die russische Gewerkschaftsbewegung keine Klarheit herrscht, sind vor allem die Russen selbst schuld, weil sie den gewerkschaftlichen Werdegang nicht im Lichte der rauben Wirklichkeit erscheinen lassen wollen. Die russische Gewerkschaftsdelegation unter Polowski sollte zwar Aufklärung darüber bringen, aber diese war so dürftig, daß man sich keinen passenden Rahmen zu dem gegebenen Bilde schenken kann. Dagegen ist es den Russen vollauf gelungen, den Keim der Zerlegung in die deutschen Gewerkschaften zu pflanzen und ihren geliebten Lung-n den kräft- und laichwachenden Bazillus der Uneinigkeit einzupflanzen. Aber auch dagegen findet sich ein heilendes Serum.

Die Kommunisten nehmen für sich in Anspruch, daß nur sie allein die richtigen Klassenkämpfer, die wahren Revolutionäre sind. Nur sie allein sind bereit, die persönliche Freiheit dem Wohle des Ganzen unterzuordnen. Nur sie allein sind die Erklärer der darbenenden Menschheit, die Betreuer des geschnehten Proletariats, die Verwalter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Wohl sonderbar, daß diese klassenbewußten Kämpfer erst seit der Zeit ihre Selbstlosigkeit predigen, als ihnen die sozialistische Revolution die Freiheit der Meinung und der Presse brachte! Vorher, als das Eintreten für die Arbeiterinteressen noch mit großen Gefahren verbunden war, hat man die jetzt tapferen Revolutionäre nicht gesehen, da mußten die jetzt so geschmähten Sozialdemokraten, die „Bonzen“, die geschabroollen Vorarbeiten für die proletarische Revolution leisten. Ist es nicht so, lieber Herr Kollege?

Es ist gut, daß Kollege A. mich persönlich nicht kennt, sonst würde er wissen, daß ich schon vor der Revolution immer bereit war und jetzt desto mehr bereit bin, meine persönliche Freiheit und mein „enges Berufsinteresse“ dem

einen großen Ziele, der Erhöhung der Menschheit aus der leiblichen und körperlichen Sklaverei, zu opfern. Wie habe ich mich getraut, als in die Finsternis meiner muthpreußischen Soldatenherrlichkeit die Nachricht vom Ausbruch der Revolution in Petersburg wie ein heller Blitz hineinbrach! Schon einige Wochen vorher habe ich im Bochumer „Volksblatt“ den baldigen Ausbruch der russischen Revolution „prophezeit“ und die Verhältnisse, die dazu geführt hatten, erläutert. Ich hatte die freudige Genugtuung, daß meine Prophezeiung schneller, als ich annahm, in Erfüllung ging. Als aber die Volkswut im Laufe der Zeit dieselben Methoden der Gewalt gegenüber Andersdenkenden, ja selbst gegen Sozialdemokraten, die doch zu demselben Ziele streben, anwandten, als sie sich genau derselben Zwangsmittel, die sie vorher so heroisch am despotischen Zarismus bekämpften, zwecks Erhaltung ihrer Macht bedienten, da mußte auch ich meine gute Meinung von den Volkswut revidieren. Da ich grundsätzlicher Gegner jedes körperlichen und geistigen Zwanges bin, kann ich mich auch mit der Taktik der kommunistischen Gewalttäter nicht befreunden. Es ist nämlich sehr, Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht zu provozieren und die Schuld für die blutigen Opfer, die die aufgeputzten Arbeiter gewöhnlich bringen müssen, rücksicht auf die Regiere und Scheidemann abzuwälzen.

Kollege A. beweist den Brief der Uralsgewerkschaften an den Londoner Gewerkschaftkongreß. Der von mir zitierte Brief ist dort tatsächlich verlesen worden und war mit beglaubigten Unterschriften versehen. In den meisten Kongreßberichten ist er abfichtlich verweigert worden. Im Jahre 1917 haben sich für das Programm der Volkswut sämtliche russischen Gewerkschaften ausgesprochen, darunter auch die Uralsgewerkschaften. Der gewichtigste Grund dazu war der aus begrifflicher Friedenssehnsucht geborene Wunsch, den kriegerischen Massenmord unter allen Umständen zu beenden. Die weitere Entwicklung der Dinge hat aber manche Gewerkschaften in eine gewisse Opposition zur bolschewistischen Politik gebracht. So sind auch die Uralsgewerkschaften schließlich zu anderer Ansicht gekommen, ebenso wie viel früher schon die Petersburger und Moskauer Buchdrucker. Daß die Uralsgewerkschaften sich dem kommunistischen Einflusse bisher noch zum Teil entziehen konnten, liegt daran, daß die Kommunisten des Uralsgebiets sich noch nicht stark genug fühlen, um die „renitenten“ Gewerkschaften in den kommunistischen Schaffall einzupferchen.

Ich habe mich nicht gegen die zwangsweise Einziehung der Gewerkschaftsbeiträge gewandt, sondern habe gesagt, daß Meller und Polowski sich im Widerspruche befinden, wenn ersterer 1 Proz. Lohnabzug als Gewerkschaftsbeitrag angibt, letzterer dagegen 2 Proz. Derselbe Widerspruch unterliegt beiden auch bei Angabe der Mittelverehrungen. Daraus zog ich die berechtigte Schlussfolgerung, daß wahrscheinlich beide die russische Gewerkschaftsbewegung nicht genau kennen. Ich sprach mich ebenfals, auf Zebels Standpunkt, denn wenn jemand Mitglied eines Verbandes wird, so verpflichtet er sich auch zur Beitragszahlung; und da kann es ihm ganz gleich sein, ob der Beitrag zwangsweise eingezogen wird oder nicht. Meine meine Erkenntnis kann also auf meine persönliche Freiheit, die ich gar nicht so hoch stelle, wie Kollege A. das annimmt, keinen Einfluß ausüben.

Der sogenannte Verrat der Menschewitsch, also auch der Moskauer Buchdrucker, resultiert nicht aus ihrer angeblichen Kapitalistenfreundschaft, sondern daraus, daß sie Gegner einer Gewaltpolitik sind, wie sie von den Bolschewisten praktiziert wird. Die Weltgeschichte lehrt, daß die Gewalt das schlechteste Mittel zur Menschheitsbeglückung ist. Früher oder später wendet sie sich gegen ihre Väter. Das wird auch Lenin und seine Gemeindeführer müssen. Eine gute Idee braucht nicht gewalttätig propagiert zu werden! Man soll keinen Menschen zu seinem Mische zwingen, wenn er dieses Mische als Joch empfindet. Wer für sich die Freiheit der Meinung beansprucht, darf sie auch andern nicht beschneiden. Das tun aber die Kommunisten in ausgiebigstem Maß. In Rußland zernst sie über Verrat der Menschewitsch, die doch auch die kapitalistische Anarchie durch den aufbauenden Sozialismus erleben wollen, dürfen aber die überlebende Indifferenz der sogenannten Parteilosen, die bei allen Wahlen vielen ihrer Kandidaten zum Siege verhelfen. Begehen denn die Parteilosen keinen Verrat an der Revolution, wenn sie dem Kommunismus ablehnend gegenüberstehen? Ende des vorigen Jahres wurden die Wahlen zu den örtlichen Sowjets in Witebsk und Charkow gestiftet. Alle einflussreicheren Menschewitsch wurden auf die Dauer des Wahlkampfes in nach eingesperrt und ihre Kandidatenlisten als nicht bestehend erklärt. Trotz dieser „Wahlfreiheit“ erlangen in Witebsk von 120 Mandaten die Menschewitsch 26, die Kommunisten 30 und die Parteilosen 57, in Charkow dagegen die ersteren 40 Mandate. Das ist von vielen nur ein Beispiel der kommunistischen „Wahlfreiheit“. Dürfen denn die Parteilosen „die Volksmassen vergiften“, während das den Menschewitsch als grübel Verbrechen angesehen wird?

Ich weiß ebenfals wie Kollege A., daß die Preßfreiheit von den kapitalistischen Zeitungsschreibern zum Schaden des Proletariats mißbraucht wird. Bei den heutigen Bildungsmöglichkeiten sollte aber jeder denkfähige Arbeiter die Spreu vom Weizen unterscheiden können. Ein Arbeiter soll zum Arbeiter stehen! Diese einfache Erkenntnis sollte dem primitivsten Arbeiterverstande geläufig sein, dann müßten daran auch die übelsten Verleumdungen der Arbeiterbewegung seitens der kapitalistischen Goldschreiber unwirksam zerfallen. Wenn die Arbeiter keinen „Generalanzeiger“ oder ähnliche kapitalistische Gebotverleumdungserzeugnisse mehr lesen, wird

auch die schrankenlose Preßfreiheit ihrer Sache nicht mehr schaden können.

Neben der nichtbolschewistischen Presse werden in Rußland auch die meist unpolitischen Vertreter der Wissenschaft verfolgt, die das bolschewistische Dogma nicht zur Basis ihrer wissenschaftlichen Forschungen nehmen. Die Verfolgungen haben unlängst einen derartigen Umfang angenommen, daß selbst Martin Gorki, eingekerkertes Mitglied der kommunistischen Partei, energisch dagegen protestierte und in einem Briefe die Entlassung der Gelehrten forderte. Darin ist u. a. zu lesen:

Nach meiner Meinung besteht der Reichtum des Landes und die Stärke des Volkes in der Menge und Güte seiner intellektuellen Kräfte. Eine Revolution hat nur in dem Umfange Bedeutung, in dem sie sich die Förderung und Entwicklung dieser Kräfte angeeignet sein läßt. Es ist klar, daß wir keine Hoffnung haben, zu liegen, und keinen Mut, Niederlagen zu erleiden, wenn wir so barbarische und beschämende Mittel anwenden, wie diese Verwüftung der kulturellen Kräfte des Landes nach meiner Meinung ist. Was ist dies anders als der Ausdruck unserer Feigheit und der Erkenntnis unserer Schwäche!

So ist es! Wenn die kommunistischen Gewalttäter fortfahren, die Meinungsfreiheit zu unterdrücken, wird das Westesleben verenden, das doch nur bei voller Freiheit gedeihen kann. Der Kampf der Meinungen hat immer betrachtend auf die Entwicklung der Menschheit gewirkt. Darum wird auch der Kommunismus in Folge seiner Weltesarmut verdorren, wenn er nur seine Meinung, sein Dogma für das öffentliche Leben als zulässig erklärt.

Die Firma Sinowjew & Polowski wird nicht müde, die Amtlerdamer Gewerkschaftsinternationale, der 25 Millionen Mitglieder angehören, als gelbe Klistruppe der Bourgeoisie zu beschimpfen. Wenn also die Zentralgewerkschaften gelbe Geheide sind, warum gehören ihnen die kommunistisch orientierten Mitglieder noch an? Können Sie, Kollege A., es mit Ihrer Überzeugung vereinbaren, einer gelben Organisation anzugehören? Etwas besser dürfte kein Kommunisi einer solchen Organisation angehören, da er doch nach der Moskauer Lehre indirekt der Bourgeoisie die Seigbügel hält und somit an der Revolution Verrat übt. Erst wurde den Kommunisten aufgegeben, aus den Zentralgewerkschaften auszutreten und Unions zu gründen, als aber diese Erwartungen häufig scheiterten, sollten sie darin verbleiben, um mit Hilfe der berühmten Keimzellen die Gewerkschaften unter ihren Einfluß zu bringen. Jetzt ist es ihnen glücklich gelungen, die Einheit der gewerkschaftlichen Union zu tören und das Brandmal der Uneinigkeit zu entzünden. Sie bestehn sogar die Annahme, zu behaupten, die „Bonzen“ zerstörten die Gewerkschaften und laborierten die proletarische Einheitsfront, als auf den bekannten „Offenen Brief“ der kommunistischen Partei an alle proletarischen Organisationen ein ablehnender Bescheid gegeben wurde. „Jetzt gilt es“, schreibt die kommunistische Presse, „das Spiel zu hählen. Sie, Kommunisten darf jetzt aus den Gewerkschaften austreten.“ Ja, wie kann man das spielen halten, wenn man die Gewerkschaften sprengen will? Erkläret mir, Graf Strindur, diesen Zwiespalt der Natur!

Die deutschen Gewerkschaften haben schon viele Beweile internationaler Solidarität, auch der russischen Revolution gegenüber, gegeben. Sie haben den russischen Gewerkschaftsdelegationen die Einreise nach Deutschland ermöglicht, sie haben ihre Mittheile am Wiederaufbau der russischen Volkswirtschaft durch Ueberlegung von Maschinen und Transportmitteln zugefagt, haben die Durchfuhr von Kriegsmaterial nach Polen behindert und haben Rußland jede moralische Hilfe zuzelt werden lassen. Darum sollten die Kommunisten nicht gehen, sondern mit den Gewerkschaften gehen, denn nur so dienen sie dem Proletariat am besten. Dann wird sich auch die wirtschaftliche Lage der ausgepörrten Arbeiter heben, die die erste Grundlage der geistigen Revolution, der Durchdringung der Urwelt mit sozialistischem Geist, ist. **Wichor Kainowski.**

Zur Frage der sowjetrussischen Gewerkschaften

Der Verteidiger der sowjetrussischen Gewerkschaftspolitik, Kollege W. v. A. (das „v.“ darf ein richtiger Sowjetmann nie verpassen, schon aus Gegenfatz zu der verachtenswürdigen demokratischen Deutschen Republik und ihrer das „v.“ vernehmenden Verfassung; selbstverständlich), legt mir in seinem Artikel die Bezeichnung „Demagoge“ bei. Die Redaktion des „Korr.“ ist so freundlich, mir die Mäßigkeit zur Erwidrerung zu geben. Ich werde die Liebenswürdigkeit der Redaktion nicht mißbrauchen und mich daher ganz kurz fassen.

Die Schimpfworte lassen mich vollständig kalt, denn die Erfahrung lehrt, daß sie in der Polemik gewöhnlich aus Verlegenheit gebraucht werden, aus Mangel an Argumenten. Ich hätte eher erwarten können, daß mir ein Vorwurf deswegen gemacht würde, meine Ausführungen im „Korr.“ Nr. 2 vom 6 Januar wären zu allgemein gehalten. Kollege W. v. A. meint dagegen, ich urteile aus dem engen Weltbistkreise der Berufsinteressen. Mein Artikel berührt das Berufsinteresse nur insoweit, als darin einige Epiloben erzählt werden. Am übrigen behandle er allgemeine Fragen, so daß ich, wie gesagt, befurchete, man werde mir gerade diesen Umstand als Mangel anrechnen. Die sozialdemokratische Parteipresse (z. B. der „Vorwärts“) hat aus meinem Artikel größere Auszüge wiedergegeben, indem die darin enthaltenen Gedanken als Material von „grundtätiger Bedeutung“ bezeichnet wurden.

Auf diese meine Argumente geht Kollege W. v. A. gar nicht ein. Ich bin aber so unbedarft, zu behaupten, daß es gerade auf diese Argumente sehr viel ankommt. Das sind: die Frage des Sozialismus in einem reinen Bauernstaat wie Rußland, und im Zusammenhange damit die Rolle der nackten Gewalt, ferner die den Gewerkschaften zufallenden Aufgaben — keine selbständigen Arbeiterorganisationen, trotzdem die Lohnarbeit nicht abgeschafft ist, also Werkzeug zur Beeinlichung der Arbeiter und nicht ihre Interessenvertretung — und vieles andre. Berlin. A. Grigorjanz.

Erwiderung und Verteidigung

Verschiedene Berichte über die Tätigkeit der russischen Delegation zum internationalen Buchbinderkongress, die in der Fachpresse und vor allem auch im „Stor.“ erschienen sind, ebenso persönliche Verdächtigungen der österreichischen Verbande:lei uns gegen mich machen es nötig, der deutschen Kollegenchaft durch den „Stor.“ eine Richtschnur zu unterbreiten.

Der österreichische Verbandsvorstand hat uns aus Angst vor einer Spaltung des Verbandes nicht Gelegenheit geben wollen, zu den Wiener Kollegen zu sprechen als Vertreter zu Profetieren, um sie mit unfern Verhältnissen vertraut zu machen, während man in Berlin unfern diesbezüglichen Verlangen entprochen hat. Kollege Pochop, Vorsitzender des österreichischen Verbandes, sagte zwar zu, verlobt aber die jugendliche Verarmung bis zum Mittwoch nach den Wahlen. Als wir am Dienstag bei dem Verbandsvorstand vor sprachen, sagte Pochop, er könne unser Referat nicht zulassen, da wir damit nur Propaganda betreiben wollten. Nachdem wir auf diese Art abgelehrt waren, haben wir dann einen Aufruf an die Kollegen in der „Nolen Fahne“ erlassen. Da auf jener der „Vorwärts“, das Organ des österreichischen Buchdruckerverbandes, seinen Verdächtigungsbericht an

Er operierte in dem, was er gegen mich zu sagen hat, mit Unwahrscheinlichkeiten größter Art. Nachdem auch der „Stor.“ diese Dinge übernommen hat, kann ich den deutschen Kollegen die Wahrheit darüber nicht vor enthalten.

Als im Januar 1918 der große Generallstreik das bürgerliche Österreich erzittern machte, wurde ich mit noch 13 anderen Personen verhaftet. Wir saßen neun Monate, bis mit der Revolution die Amnestie kam, im Landesgericht. Während der ersten Monate, als mir der Untersuchungsrichter gelag habe, daß ich nach Verbüßung meiner Strafe als Ausländer aus Österreich ausgewiesen werde, eruchte ich den Verband um die Auszahlung einer Unterstützung oder einmaligen Abfindung an meine Familie (Frau, Mutter und zwei Kinder). Ich glaube dies um so eher zu können, als ich infolge der zu erwartenden Ausweisung niemals hätte in den Genuß der durch zwölfjährige Beitragszahlung erworbenen Unterstützungsrechte treten können. Der Verband beschloß, mir eine Unterstützung in Form von Altersrückstellungen in Höhe von 80 (say) Tausend Schilling zu leisten. Mit diesem Gelde sollte meine Familie neun Monate leben. Nun legte der österreichische Verbandsvorstand meinen damaligen sehr begrifflichen Protest dahin aus, daß ich die Beiträge für die ganzen zwölf Jahre zurückverlangt hätte. Zu einer so unflinigen Behauptung gehört wirklich die Macht der Herrschaft. Der wirkliche Grund der tiefen Abneigung des österreichischen Vorstandes gegen meine Person ist aber die scharfe kritische Stellung, welche ich 1918 gegen diejenigen Verbandsmitglieder eingenommen habe, die sich gegen den damaligen Solidaritätsstreik gewandt haben. Das können diese Herren nicht vergessen, und sie sind besorgt darum, daß sich eine derartige Situation nicht wiederholen möge.

Die Wiener Kollegen sind trotzdem zu einer Verarmung gekommen, und obwohl die Polizei, den Verbandsvorstand unterstützend, uns aus dieser Verarmung hinwegführte, haben die Kollegen doch das erfahren, was wir ihnen zu sagen hatten.

Es ist bedauerlich, daß eine sozialdemokratisch geleitete Organisation mit solchen Mitteln gegen uns vorgehen konnte. Scheinbar sind es die einzigen, von denen sich die alle Sozialdemokratie im Kampfe gegen uns noch Erfolg verspricht. Der Tag wird nicht fern sein, wo sie ihre Taktik aus eigener Erfahrung selbst ändern wird.

Der Bericht der holländischen Kollegen ist ebenfalls fehlerhaft insofern, als ich nie gesagt habe, wir hätten zwei Millionen Mitglieder. Ihre Mitgliederzahl ist vielmehr etwa 80.000. Ich habe ferner gesagt, daß die Maschinenfehler durch Mangel nur 7000—12.000 Buchstaben pro Tag leisten, nicht aber pro Stunde, und habe dabei die deutsche Leistung von 6000 Buchstaben pro Stunde zum Vergleiche herangezogen.

Abgesehen haben wir dem Kollegen Mallini einen ausführlichen Bericht über die graphische Industrie Rußlands übergeben. Wir hoffen, daß er einmal veröffentlicht werden wird zur Nichtignierung der vielen falschen Behauptungen.

A. Meller,

Mitglied des russischen Zentralkomitees der graphischen Industrie.

Wie die Sowjetregierung mit Arbeiterorganisationen umgeht

(Ein Appell des Vorstandes des Moskauer Buchdruckerverbandes aus dem Gefängnisse)

Wielangend als alle Berichte schildert uns die nachfolgende Erklärung des Moskauer Buchdruckerverbandes, wie es in Wahrheit um die angebliche „Diktatur des Proletariats“ in Rußland bestellt ist. Diese im

Gefängnisse verfaßte Erklärung ist erst jetzt im „Sozialistisches Westnik“ in vollem Wortlaut abgedruckt. Wir bringen sie in ungekürzter Übersetzung. Die Kollegen mögen sie mit der Aufmerksamkeit lesen, die dieses menschliche Dokument verdient und wollen dann sich des in Nr. 119 v. S. abgedruckten „Aufrufs der Moskauer Buchdrucker an das internationale Proletariat“ erinnern. Sie mögen es sich auch überlegen, was von einer „sozialistischen Regierung“ zu halten ist, die ihre Meinungsgegner, ihre Klassenossen, welche auf ihre Art dem gleichen Ziele zutreten, dabei jedes bewaffnete Vorgehen, jede Intervention von Seiten der Revolutionsgegner strikte ablehnen, so drangaliert, wie sie es mit den Moskauer Kollegen getan hat.

An das Zentralkomitee
An den Zentralrat der Gewerkschaftsverbände

Erklärung

der in der Angelegenheit des Moskauer Buchdruckerverbandes in das Zagsker Gefängnis (Moskau) eingesperrten: G. M. Buhkin, A. G. Dewjalkin, N. S. Zjulin, A. N. Danilin, J. N. Jakowlew, J. S. Senin.

Am 18. Juli d. J. wurde von der Moskauer Außerordentlichen Kommission durch Anwendung roher Gewalt eine Arbeiterorganisation, der Moskauer Gewerkschaftsverband der Buchdrucker, d. h. die Moskauer Filiale des Allrussischen Zentralverbandes der Arbeiter des polygraphischen Gewerbes, zertrümmert. Alle Vermittler und Akten des Verbandes sowie die Räume, die von Bewaffneten besetzt wurden, eigneten sich Leute an, die von den Moskauer Buchdruckern her zu keine Vorteile hatten.

Die gewählten Mitglieder des Vorstandes, im ganzen elf Personen, wurden verhaftet. Der verhaftete Vorstand wurde im November 1919 durch die gleiche und geheime Abstimmung gewählt, an der sämtliche Mitglieder der beiden zusammengekommenen Verbände (Moskauer Verband der Arbeiter des Druckgewerbes und der Arbeiter des polygraphischen Gewerbes, sogenannter Roter Verband) teilgenommen haben. Die Abstimmung erfolgte auf Grund von Bestimmungen, die von den beiden Verbänden unter Mitwirkung des Moskauer Gouvernementsrats der Gewerkschaften ausgearbeitet worden waren. Abgesehen von dem Vorstande wurden noch 29 Vertrauensleute der Arbeiter, Mitglieder der Betriebskomitees und Verbandsmitglieder, verhaftet.

Die Verhafteten wurden in verschiedenen Gefängnisse eingesperrt, wo sie drei Monate verbrachten, ohne daß ihnen irgendwelche Anklagepunkte eröffnet wurden. Endlich sollte die Moskauer Außerordentliche Kommission durch eigenmächtigen Beschluß, ohne jegliche Gerichtsverhandlung, ohne die Gründe oder irgendwelche Erläuterungen anzugeben, das folgende Urteil:

- die Kollegen: 1. Gija Michailowitsch Buhkin, 2. Alexander Feodorowitsch Dewjalkin, 3. Nikolai Swanowitsch Zjulin und 4. Alexei Bogdanowitsch Romanow — Internierung im Konzentrationslager und zwei Jahre Gefängnis;
- die Kollegen: 1. Swan Nikolajewitsch Jakowlew, 2. Pjotr Nikolajewitsch Danilin, 3. Michail Swanowitsch Senin und 4. Alexander Konstantinowitsch Mskanin — die gleiche Strafe wie bei a für ein Jahr;
- die Kollegen: 1. Grigori Nikolajewitsch Jakowlew, 2. Georgi Wassiljewitsch Nylchikow und 3. Sergej Segorowitsch Scharow — Internierung im Konzentrationslager für ein Jahr;
- die Kollegen: 1. Feodor Alexandrowitsch Dymarew, 2. Swan Andrianowitsch Planski und 3. Sergej Jakowlewitsch Smirnow — die gleiche Strafe wie bei c für sechs Monate.

(Vergleiche die anliegende Abschrift des Schreibens der Moskauer Außerordentlichen Kommission Nr. 29767.)

Die Strafsache von M. A. Woronin ist aus unbekanntem Gründe ausgenommen und an das Moskauer Militärliche Revolutionstribunal geleitet worden. Außerdem wurde A. W. Orzechewitsch zu zwei Jahren Konzentrationslager verurteilt. Subakow und Rjabakow befinden sich in Haft; die Außerordentliche Kommission der Eisenbahnen reklamiert sie für sich. Ein Teil der Kollegen wurde freigelassen.

Was haben die Moskauer Buchdrucker verbrochen, daß es nötig war, ihre Gewerkschaft zu zertrümmern? Welches ist die Schuld des der allgemeinen, geheimen, direkten und gleichen Wahl hervorgegangenen Vorstandes sowie der gewählten Vertrauensmänner und Mitglieder der Betriebsräte, daß sich die Notwendigkeit ergab, sie ins Gefängnis zu werfen und für Jahresfrist der Freiheit zu berauben? Die Moskauer Außerordentliche Kommission gibt darauf keine Antwort und hält es für überflüssig, Gründe anzuführen.

Wir fragen den Moskauer Rat der Arbeiter- und Bauerndeputierten, dem die Moskauer Außerordentliche Kommission unterstellt ist:

Wessen beschuldigt Ihr die Moskauer Buchdrucker?

Besteht ihre Schuld etwa darin, daß sie, in hartem Kampfe an dem Aufbau ihrer Organisation arbeitend, ihre besten Kameraden dadurch verlieren, daß der Zarismus sie aus ihrer Mitte riß, um sie ins Gefängnis zu locken und in die Verbannung zu schicken, bald unterdrückt wirkend, bald von der Obrigkeit geduldet, daß sie sich also eine Gewerkschaft geschaffen haben, die auf der Grundlage einer weitgehenden demokratischen Selbstverwaltung und der Kontrolle durch ihre Mitglieder selbst, der Wählbarkeit und Verantwortlichkeit der Funktionäre aufgebaut ist?

Oder vielleicht darin, daß sie den Grundsatz der Freiheit, Einheit und Unabhängigkeit der proletarischen Gewerkschaftsverbände verstoßen und gegen deren Verfaßlichung und Verwandlung in nichts andres als „Zugsapparate“ der kommunistischen Partei antämpften?

Oder etwa darin, daß sie das Prinzip des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts, dessen sie sich bei der Wahl des Vorstandes, der Vertrauensmänner und der Betriebsräte bedienten, verletzten?

Oder etwa darin, daß sie gegen die unflinige Sozialpolitik Front machten, die die Flucht gelernter Arbeiter aus der Industrie verurteilte und die Behörden dazu führte, die Arbeiter durch Zwangsmittel zum Verbleiben in der Stadt und dazu zu zwingen, sich mit der Hunger ration zu begnügen (richtiger gelagt: Hungers Herben)?

Oder etwa darin, daß sie eine Bezahlung ihrer Arbeit verlangten, die es ihnen ermöglichen würde, zu existieren, ohne Nebenarbeiten ausüben zu müssen, die die Würde des Arbeiters nicht selten erniedrigen und seine Gesundheit vernichten?

Oder etwa darin, daß sie einen wirklichen Arbeiterschutz und eine wirkliche Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Arbeitslosigkeit usw. erstrebten und darauf bestanden, daß die Durchführung dieser Obliegenheiten sich selbst verwalten, unabhängigen und gewählten Arbeiterorganen unter unmittelbarer Kontrolle der Arbeiterschaft anvertraut werde?

Wieselt ihr was das ihre Schuld, daß sie für die Freiheit des Wortes, der Presse, der Koalition und der Versammlungen kämpften?

Ist diese Tätigkeit, die auf Grundrissen beruht, welche das Ergebnis des Kampfes und der Praxis der Arbeiterbewegung aller Länder darstellen, verbrochlich? Ist sie der Kernpunkt der Anklage gegen die Moskauer Buchdrucker und ihre gewählten Vertrauensmänner, so soll man so ehrlich sein, das offen und mannhaft auszusprechen und ein öffentliches Gerichtsverfahren gegen die Beschuldigten zu führen und sich nicht hinter das geheime Verfahren der Moskauer Außerordentlichen Kommission zu verbergen. Die Arbeiter der Sozialistischen Sowjetrepublik mögen erfahren, aus welchem Anlaß ihre Organisationen der Zertrümmerung preisgegeben und der Verfolgung ausgeliefert wurden.

Dazu kommt, daß die so bezogene Vergewaltigung noch dadurch in ihrer Bedeutung erhöht wird, daß sich unter den Verhafteten auch Mitglieder des Moskauer Rates der Arbeiter- und Bauerndeputierten befinden, und zwar: G. M. Buhkin, A. G. Dewjalkin, N. S. Zjulin, G. M. Jakowlew, M. S. Senin, G. A. Dymarew, J. N. Schlenski, N. S. Mskanin, G. W. Nylchikow, M. A. Woronin und Iernej Subakow, deren Verhaftung eine glatte Verhöhnung des frei ausgesprochenen Willens der Moskauer Arbeiterschaft ist.

Sudem wir diese Erklärung abgeben, fragen wir den Moskauer Rat der Arbeiter- und Bauerndeputierten:

1. Ist dem Rat etwas von der Gewalttat bekannt, die die ihm unterstellte Kommission, die Moskauer Außerordentliche Kommission, beging?
2. Ist es ihm bekannt, daß über die Verhafteten, ohne Gerichtsverhandlung, im Infranzeweg ein Urteil gesprochen, daß sie zu verschiedenen Gefängnissen und andern Strafen verurteilt wurden, und daß sie sich auch jetzt noch in Haft befinden?
3. Ist es ihm bekannt, daß die unverfälschte freie Willensäußerung der Arbeiter des Druckergewerbes unterdrückt wird, indem ganze Druckerereien Verfolgungen ausgeliefert werden und Arbeiter, die ihre Anklagen frei zum Ausdruck brachten und die Vernichtung ihrer Gewerkschaft verurteilten, der Verhaftung anheimfallen, daß also mit Hilfe des staatlichen Unterdrückungsapparats der Will der Arbeiter verfälscht wird?

Falls dies dem Rate bekannt ist, was denkt er zu unternehmen, um dem skandalösen Zustand ein Ende zu bereiten?

Wir bemerken noch, daß ein Teil der Verhafteten sich im Zagsker Gefängnis (Buhkin, Dewjalkin, Zjulin, Danilin, J. Jakowlew, Senin) befindet, ein anderer im Buchsker Gefängnis (Romanow, Woronin, Orzechewitsch), ein dritter im Ordnsker Lager (Dymarew, D. Jakowlew, Schlenski, Scharow, Smirnow), während Subakow im Sokolnikbesten Gefängnis eingesperrt ist.

Diese Erklärung bitten wir in der Vollversammlung des Moskauer Rates der Arbeiter- und Bauerndeputierten vorzulesen.

27. September 1920,

Dewjalkin, Buhkin, Zjulin, Jakowlew, Danilin, Senin.

Briefkasten

G. O. in A.: Wird wegen seiner beispiellosen Unmähung abgelehnt. — M. A. in Bera: Der am 10. Februar eingegangene Bericht in nächster Nummer. — G. A. in Berlin: Die guten Absichten in Ehren, aber die Ausschließung für baldige Veröffentlichung des Berichts sind überaus trübe. Sondern warten vor Ihnen. — W. A. in B. und A. in S.: Beständig hierdurch Eingang. — O. G. in B. und A. in S.: Alles von links und rechts wieder Berliner „Frühlingsboten“. Nach dem von uns in Nr. 27 in einem Absatz unter „Achtungen“ Gelegten müssen wir die angekündigte Sperrzeit für Weikel nun so praktisch handhaben, daß die neuen Eingänge so lange liegen bleiben, bis die alten Einträge untergebracht sind. Bei dem nicht knappen Lager auch in dieser Materie wird rechts und links inzwischen nicht zu kurz kommen. — J. S. in M.: Gewähr, den Bericht haben wir fernerhin erhalten; aber eine öffentliche Stellungnahme werden nicht erwünscht und nach unfer Auffassung vor einer besonderen Prüfung dieser Frage durch eine Gauso-Belehrungsbehörde auch nicht zweckmäßig. Daher bis auf weiteres lediglich zur Information mit Dank zur Kenntnis genommen. — P. W. in St.: 3,50 Mh.

(Streu eine Zeilae.)

○○○○ Korrespondenzen ○○○○

Münster. In der außerordentlichen Hauptversammlung am 17. Februar war es uns veröhnt, nach 17monatiger Pause wieder unsern Bauvorsitzer Hemmerich (Münster) begrüßen zu dürfen. Er referierte über die Tarifauschuhverhandlungen. In sehr objektiven Darstellungen entwarf er uns ein klares Bild von dem Verlauf der Tagung und das dabei erzielte Resultat. Am Schlusse seiner Ausführungen wurde ihm für den Vortrag reicher Beifall gezollt. In das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion, in der man bei Beurteilung des Verhandlungsergebnisses den Standpunkt und das Verhalten der Gehilfenvertreter vollumfänglich würdigte und sich mit den gefaßten Beschlüssen — wenn auch mit größtem Widerwillen — abwand. Die völlige Unzulänglichkeit der Wirtschaftsbefehle und die allgemeine Unzufriedenheit hierüber kam einmütig zum Ausdruck. In Erwägung aller Umstände aber wurde dennoch die Fälligkeit der Gehilfenvertreter anerkannt und ihnen hierfür Dank gezollt. Gleichzeitig wurde aber auch mit Entrüstung zum Ausdruck gebracht, daß die Prinzipalvertreter sich auf einen so ablehnenden Standpunkt stellten und damit so wenig Empfinden für die Notlage der Gehilfenchaft bekundeten. Schließlich wurde noch betont und als Forderung aufgehehrt, daß die berufenen Areite, insbesondere die gesamte Presse — unsere Prinzipale haben sie ja in der Hand! — energig dahin wirken sollen, daß endlich einmal Schritte unternommen werden zur Senkung der Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, denn nur dadurch werde die Gehilfenchaft in die Lage kommen, daß sie nicht immer und immer wieder, von der Not getrieben, mit Forderungen neuer Steuerungszulagen an die Unternehmer herantreten muß. Den Gehilfenvertretern wird auch fernerhin das vollste Vertrauen entgegengebracht.

H. Bamberg. Am 15. Februar wollte Bauvorsitzer Hemmerich in unster Mitte, um uns mit kurzen, markanten Strichen ein anschauliches Bild von der letzten Tarifverhandlung in Leipzig zu zeichnen. Was man da zu hören bekam, war alles andre, nur nicht erfreulich. Erstaunlich aber war die grobe einmütige Zustimmung der Versammlung zu den ersten Ausführungen unfres geschätzten Führers.

Breslau. Das Ergebnis der Tarifausschuhführung wurde hier mit großer Empörung aufgenommen, so daß der Vorstand, nachdem er von dem Prinzipalvereinsvorsitzenden das genaue Resultat erfahren hatte, am Montag, dem 14. Februar, Sitzung mit dem Vorstande des hiesigen Prinzipalvereins nahm, welcher einer am Dienstag darauf abzuhaltenen Verammlung unsere Wünsche zu bekräftigen versprach. Zu gleicher Zeit wie diese Verammlung tagte unterleits eine Allgemeine Buchdruckerversammlung, die nach Entgegennahme des Berichts unfres Gehilfenvertreter über die Tarifausschuhführung äußerst scharfe Kritik an dem „Erreichten“ übte und wohl die Arbeit der Gehilfenvertreter anerkannte, aber die Meinung war, daß diese schon am zweiten Tage hätten lo vorgehen sollen wie am letzten. Aber das „lokale Verständnis“ unfres Arbeitgeber wurden scharfe Worte getulrt. Zum Schlusse der Verammlung ließ die Antwort von der Prinzipalversammlung ein, daß eine Kommission ihrerseits bereit sei, am nächsten Tage mit einer von uns gewählten Kommission zu verhandeln. Eine am Nachmittag desselben Tages abgehaltene Verammlung, die von etwa 700 Kollegen besucht war, nahm den Bericht der Kommission entgegen, der darin bestand, daß die Prinzipalkommission nach zweifelhafte Verhandlung erklärte, nur die Vollmacht zu haben, über die Ausführung der Tarifausschuhbefehle zu verhandeln, eine Erhöhung der Wirtschaftsbefehle aber strikt ablehnen müsse. Trotzdem die Erregung über das negative Resultat der Verhandlungen, was als eine direkte Veröhnung angesehen wurde, eine laute unbegrenzte war, gelang es doch, die Kollegen von einem brüchigen Zustande zurückzubalten. Scharf kritisiert wurde das Zurückweichen unfres mitgehenden Instanzen, und vor allem, daß die Funktionäre von ihrem Gehilfenvertreter ohne jede Rücksicht gelassen wurden, was um so unverfändlicher ist, als der „Korr.“ doch erst später berichten konnte.

Chemnitz. Eine außerordentliche Verammlung unfres Mitgliedchaft am 20. Februar, an der auch die Kollegen der umliegenden Druckorte teilnahmen und in der Gehilfenvertreter Gläß (Leipzig) über die Tarifausschuhführung Bericht erstattete, nahm folgende Entschliesung einstimmig an: „Die am 20. Februar verammelten Buchdrucker folgten mit Interesse den Ausführungen des Gehilfenvertreter Gläß (Leipzig) über die Tarifausschuhführung. Die Anwesenden sind sich der schwierigen Lage unfres Vertreter bei den Verhandlungen bewußt. Die strikte ablehnende Haltung der Prinzipalvertreter gegen jede Lohnerhöhung als auch der weitbekannte Beschluß des Reichsarbeitsamts, welcher jeden Vergleich der Löhne der Buchdrucker gegenüber den Löhnen anderer Berufsgruppen vermissen läßt, sind dazu angehan, bei der gesamten Gehilfenchaft hochgradige Entrüstung hervorzurufen. Während die Buchdruckerprinzipale die Gehilfen durch jahre-

lange unzulängliche Entlohnung künstlich niederhalten, scheuen sie sich nicht, in den von ihnen herausgegebenen Tageszettungen jede Gehaltsverhöhung und Lohnerhöhung anderer Berufsgruppen als „gerech“ anzurufen. Wie ein Buchdruckergehille, dessen ungelinder Beruf von jeder eine entsprechende Lebenshaltung bedingt, mit dem larisch höchsten Stundenlohn von 5,16 Mk. in dem anerkannt leuten Chemnitz eine Familie unterhalten soll, bereitet ja den Buchdruckerprinzipalen keinerlei Kopfschmerzen. Es muß Wohl eines jeden Buchdruckergehilles sein, die breite Masse des Volkes mit den angeblich hohen Löhnen der Buchdrucker vertraut zu machen, besonders aber solche Eltern, die gelonnen sind, ihre Söhne dem Buchdruckerberuf zuzuführen.“ Ferner fand noch folgender Antrag einstimmige Annahme: „Die Mitgliedchaft wolle beschließen, die britischen Instanzen zu beauftragen, mit den Prinzipalen sofort in Verbindung zu treten, um eine endgültige Regelung des Lohnzulagelags für Chemnitz herbeizuführen. In einer sofort einzuberufenden Mitgliederversammlung ist der Chemnitzer Kollegenchaft Gelegenheit zu geben, über die haltgehabten Verhandlungen eine prinzipielle Entschliesung zu treffen.“

Döbeln-Rohwien. Zu dem Ergebnisse der Leipziger Tarifausschuhführung nahm die Kollegenschaft wie folgt einstimmig Stellung: „Die am 22. Februar in Döbeln tagende Verammlung des Ortsvereins Döbeln-Rohwien erhebt scharfen Protest gegen das völlig unbefriedigende Ergebnis der Leipziger Tarifausschuhführung. Wenn die Verammlung die neuen Bestimmungen noch einmal rezeptiert und sich mit der erstellten Wirtschaftsbefehle bescheidet, so betont sie gleichzeitig die feste Absicht, den Kampf mit den schärfsten gewerkschaftlichen Mitteln aufzunehmen, wenn die berechtigten Wünsche der Gehilfen im allgemeinen und der Provinzkollegen im besondern bei der nächsten Tarifausschuhführung erneut mit hohen juridizierten werden. Die Verhandlung wird dringend erucht, sofort die nötigen Vorkehrungen zu treffen, um in Zukunft den Forderungen der Gehilfen mehr Nachdruck verleihen zu können. Eine ganz besondere „Nachachtung“ gebührt auch dem „unparteilichen“ Spruchkollegium des Arbeitsministeriums, das für die Notlage der Buchdruckergehille alotul kein Verständnis an den Tag leude, dafür aber die Unternehmerinteressen weltweitgehend unterstulzt hat.“

○○○○ Rundschau ○○○○

Buchdrucker in öffentlichen Diensten. In Rochwitz bei Dresden wurde Kollege Otto Dietel als Schöffe aus-geleht.

Meisterprüfung. In Leipzig legten die Kollegen Karl Ellinger, Bruno Döberis, Eduard Feurich (Kosdorf, St. Goarshauhen) und Wilhelm Pfeiffer (Kunzig, St. Goarshauhen) die Meisterprüfung ab.

Verlegung der Redaktion des „Zeitungsverlag“. Ab 1. März ist die Redaktion des „Zeitungsverlag“, die bis dahin noch in Magdeburg war, ebenfalls nach Berlin (SW 68, Kochstraße 67) verlegt worden, so daß nunmehr die gelamte Zentrale des Vereins Deutscher Zeitungsverleger in Berlin ihren Sitz hat.

Wirtschaftsbefehle für die Faktoren. Laut Verhandlung des Hauptauschusses der Vertragsgemeinschaft der Prinzipale und Faktoren des Deutschen Buchdruckerwerkes erhalten die Faktoren die gleichen Wirtschaftsbefehle wie die Gehilfen, und zwar für die Monate Februar bis April (einschließlich) in Orien bis einschließlich 7¹/₂ Proz. Lohnguldgung monatlich 45, in Orien mit mehr als 7¹/₂, bis 17¹/₂ Proz. 55 und in den übrigen Orien 65 Mk.

Die Strafbarkeit der Abrechnung der fälligen arktfälligen Arbeitszeit. Wie die „Soziale Praxis“ (Nr. 9. 2. März 1921) berichtet, hat das Oberlandesgericht Königsberg im Gegenlatze zu einem tre sprechenden Urteile des dortigen Landgerichts auf Revision des zuständigen Staatsanwalts die Strafartikell eines Unternehmers, der seine Arbeiter mit ihrem Willen längere Zeit hindurch fällig mehr als acht Stunden belästigt hat, wegen Zuwiderhandlung gegen die Reichsverordnung vom 23. November 1918 und 17. Dezember 1918 bestraft. Die Begründung dieses Urteils lautet a. a. folgendes:

„Es handelt sich demnach um eine typische Schutzbefreiung; eine solche ist, wie-ill ist nicht aus ihr selbst imas anders ergibt, eine solche, die durch einen Rechts-, auch nur die bei in Betracht kommenden Arbeits-... Ein solches ist nur vor einer Zubereitung ihrer Arbeit...“

heiner der Ausnahmefälle des Gesetzes in Betracht. Wenn es dort heißt, „die regelmäßig fällige Arbeitszeit darf die Dauer von acht Stunden nicht übersteigen“, so bedeutet das Wort „regelmäßig“ nach dem Zusammenhang mit dem folgenden Satze nur, daß ausnahmsweise, falls auf Grund einer Vereinbarung an den Arbeitenden der Sonn- und Feiertag weniger als acht Stunden gearbeitet wird, an den übrigen Tagen entsprechend länger als acht Stunden, im ganzen aber die Woche nicht mehr als 48 Stunden gearbeitet werden darf.

Ob es zweckmäßig war, die Leistung von Überstunden auch bei Zustimmung einander oder aller Arbeitnehmer grundsätzlich zu verbieten, und zwar nicht bloß für Maschinenarbeiten, wo allerdings bis auf weiteres eine Mehrarbeit wegen der Korkknappheit keine Mehrerzeugung zur Folge hat, sondern ganz allgemein, ja auch für Bergbau und Landwirtschaft, kann unerörtert bleiben, da dies allen Sätze des Gesetzes, nicht der Rechtsprechung im Denken gegen die Schlichtigkeit der Verordnung stehen nicht. Strafbar ist bei ihrer Nichtbeachtung nicht der Arbeitnehmer, der freiwillig Überstunden leistet, sondern der Arbeitgeber (vgl. R.O. in Entschlüssen Bd. 55, S. 70 ff.).

Offene Stellen für befähigte Gewerkschafter. Nach Nordhausen wird ein mit dem Betriebsratsgesetz und in der Sozialpolitik vertrauter Betriebsratssekretär gesucht. Entsprechende Bewerbungen sind bis zum 15. März an Otto Flügner in Nordhausen, Schreibstraße 10, zu richten. — Zur Errichtung eines Gewerkschaftssekretariats in Vellau wird ein Gewerkschaftssekretär gesucht. Bewerbungen sind unter Beilassung eines Auflasses über „Die Aufgaben eines Gewerkschaftssekretärs“ bis 20. März an der Anchrift „Sekretär“ an Ludwig Sinsel in Vellau, Ragubener Straße 139, einzureichen.

Eine christliche Gewerkschaftsbank. Die im Deutschen Gewerkschaftsbunde vereinigten christlichen Organisationen haben unter der Firma Bankverein für deutsche Arbeit A.-G. in Berlin die auf dem Elsenor Kongreß der Christlichen Gewerkschaften angekündigte Bankgründung am 24. Februar 1921 vollzogen. Die Bank soll nach dem Gründungsplan die wirtschaftlichen Kräfte der beteiligten Organisationen und ihrer Mitglieder zusammenfassen und ihre Mittel dem allgemeinen Wirtschaftsleben, insbesondere den eigenen gewerblichen Unternehmungen sowie den nabelebenden Stellen des Mittelstandes zuführen. Sitz der Bank ist nach dem Geschäftsvertrage Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften aller Art, der Erwerb von Grundstücken zum Bankbetriebe sowie die Beteiligung an andern Unternehmungen. Die Betriebsmittel der Bank sind ausschließlich von den beteiligten Verbänden — zunächst in Höhe von 10 Millionen Mark — ausgebracht. Vorsitzender des Aufsichtsrats ist Max Müller Steierwald. Die Bank ist mit dem Aufbau ihrer Sparrichtungen und den sonstigen vorbereitenden Arbeiten betraut, deren einstweilige Leitung die den Gründern durch ihre bisherige Tätigkeit nahelebenden Direktoren Regierungsrat Dr. Wittke und Vedter, beide in Berlin, vorläufig übernehmen haben. Die Aufnahme des eigentlichen Bankbetriebs soll nach Durchführung der organisatorischen Vorarbeiten erfolgen.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Reich im Januar 1921. Nach den statistischen Erhebungen des Reichsarbeitsministeriums ergab sich für Januar d. J. immer noch keine Besserung auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Die Zahl der Vollerwerbslosen (ohne Familienangehörige) betrug am 1. Februar 432318, gegen 409928 am 1. Januar d. J., halbiert demnach im Laufe des ersten Jahresmonats um 5,5 Proz. erhöht. Diese Steigerung entfiel in der Hauptsache auf die männlichen Arbeitskräfte (6,6 Proz.), während die weiblichen nur eine Vermehrung um 170 aufwiesen; die Zahl der männlichen Vollerwerbslosen betrug am 1. Januar 334565, am 1. Februar dagegen 356785, während jene der weiblichen mit 75363 bzw. 75533 registriert wurde. Die statistischen Angaben der Arbeiterfächerverbände (Gewerkschaften) meldeten am 31. Januar 252658 von 570721 Mitgliedern als arbeitslos, also 4,4 Proz., gegen 4,1 Proz. am 31. Dezember 1920. Die stärkste Steigerung hatten die Bauarbeiter, Textilarbeiter, Transportarbeiter, Fabrikarbeiter und Holzarbeiter. Für die Berufstätigkeiten der Gewerkschaften unter denen die Angaben von fünf Arbeiterfächerverbänden (Buchdruckerverband, Graphische Hilfsarbeiter, Lithographen und Steindruckere, Graphischer Zentralverband und Gutenbergbund) verzeichnet werden, wurden am Schlusse des Monats Januar 122029 Mitglieder gezählt, von denen jedoch nur 102194 von der amtlichen Arbeitslosenstatistik erfaßt wurden. Am Ende der letzten Woche des Januar hatten diese fünf Verbände über die Zahl ihrer arbeitslosen Mitglieder nach dem „Reichsarbeitsblatt“ folgende Angaben:

	Männlich	Weiblich	Zusammen	Zahl der Mitglieder über die berichtet wurde	Mittliche Zahl aller d. Verbände
Verband der Deutschen Buchdrucker	1271	—	1271	68234	73104
Hilfsarbeiterverband	167	340	507	26999	40811
Lithographen und Steindruckere	792	43	835	19034	19034
Graphischer Zentralverband (G.Z.V.)	17	37	54	4683	5283
Gutenbergbund	25	—	25	2278	2831
Buchbinder im Reichsarbeitsblatt als „Büchereiarbeiter“ aufgeführt	1209	1537	2746	69535	80759

